

Die EKvW hat Wahlprüfsteine für die Landtagswahl entwickelt.

Die Übereinstimmung mit dem Programm der AUF-Partei ist verblüffend. 90% Zustimmung bedeutet, dass nur in einigen Punkten eine leicht abweichende Meinung vorhanden ist. Tatsächlich weichen die Positionen nur in 1 Punkt ab und in einem andern haben wir eine neutrale Meinung.

Die Wahlprüfsteine sind aber überflüssig, wenn sich daraus nicht auch Konsequenzen ergeben. Wählen Christen die Macht oder die Gerechtigkeit?

Synopse zwischen EKvW- Wahlprüfsteinen und dem Programm der AUF-Partei

Sozialstaat und Soziale Marktwirtschaft

Zustimmungsprogramm der AUF-Partei

Soziale Spaltung und Finanzkrise

In der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise erleben wir einen Ruf nach dem starken Staat, wie er zuvor unvorstellbar war. Allerdings ist es der Ruf nach dem mit Rettungsschirmen intervenierenden, nicht aber der nach dem die sozialen, bildungspolitischen und solidarischen Prozesse regulierenden Staat. (...)

Klamme Finanzen aber setzen politischen Handlungsspielräumen enge Grenzen. Das bedeutet für die öffentlichen Hände voraussichtlich den Abbau von Aufgaben. Nach der Krise werden Bund, Länder und Gemeinden nicht stärker, sondern schwächer dastehen als vorher. Die Grenzen der finanziellen Möglichkeiten werden dann geradezu als Sachzwang erscheinen, die den Staat zwingen, sich selber schlank zu machen und auf Marktmechanismen zu setzen.

Private Public Partnership könnte dabei zum Zauberwort werden. Es ist nicht unwahrscheinlich, dass in allen gesellschaftlichen Sektoren marktradikale Instrumente intensiver Raum greifen als zuvor, die jetzt allerdings nicht mehr wirtschaftstheoretisch, sondern mit dem als alternativlos behaupteten Sachzwang gerechtfertigt werden. Umso wichtiger ist es, dass wir die Weiterentwicklung der Sozialen Marktwirtschaft zu einer sozial, ökologisch und global verpflichteten Marktwirtschaft mit befördern und vorantreiben.

2

2

1

Nicht mehr, sondern besser – Wachstum hat Grenzen. Wir benötigen kein materielles Wachstum zur Verbesserung unserer Lebensqualität. Im Gegenteil, Wachstum von Konsum und Energieverbrauch bringt uns immer näher an die absoluten Systemgrenzen unserer Erde - und wir haben nur eine.

Je schneller wir die Produktivität steigern, umso schneller werden wir Arbeitskräfte freisetzen, die wir auf andere Art zu ernähren haben – umso mehr brauchen wir dann Wachstum – was uns wiederum schneller an Grenzen bringt. Das ist kurzfristiges und kurzsichtiges Gewinnstreben. Wir brauchen ein anders gesteuertes Wirtschaftssystem für alle.

Schon weil unsere Bevölkerung schrumpft und immer weniger Menschen mehr als ausreichend Güter für alle produzieren, brauchen wir in Europa kein Wachstum.

Kein Wachstum auf Kosten anderer. Menschen dürfen nicht unter dem Gewinnstreben anderer leiden. AUF fordert

Eine Bezahlung der Arbeitsleistung entsprechend der jeweils erbrachten Wertsteigerung.

Jede Arbeitsleistung für andere Menschen, auch für Kinder und alte Menschen, muss angemessen anerkannt werden.

Arbeitsleistung muss gerecht bezahlt werden. Billiglohn, z.B. für ausländische Arbeitsleistung, ist Existenzgefährdend

Marktkonforme Bedarfsdeckung soll mit Rücksicht und Nächstenliebe geschehen.

Aus: Landessynode der EKvW 2009, Bericht des Präses

Solidarität und Gerechtigkeit als entscheidende Maßstäbe

Die Kirchen treten dafür ein, dass Solidarität und Gerechtigkeit als entscheidende Maßstäbe einer zukunftsfähigen und nachhaltigen Wirtschafts- und Sozialpolitik allgemeine Geltung erhalten.

2 AUF ist der Überzeugung, dass Arbeit ein Grund-Bedürfnis und Grund-Verpflichtung des Menschen und darum ein Menschenrecht ist. Menschen erfahren durch Arbeit einen wichtigen Teil ihrer Identität und ihrer gesellschaftlichen Funktion. Daher kann Arbeit nicht nur als Ware behandelt werden, sondern sie muss durch rechtliche Maßnahmen so geschützt, organisiert und gefördert werden, dass sie für möglichst alle Menschen eine Sinn stiftende Realität wird.

Sie sehen es als ihre Aufgabe an, in der gegenwärtigen Situation auf Perspektiven des christlichen Glaubens für ein humanes Gemeinwesen, auf das christliche Verständnis vom Menschen und auf unveräußerliche Grundwerte hinzuweisen. Solidarität und Gerechtigkeit sind notwendiger denn je. Tiefe Risse gehen durch unser Land: vor allem der von der Massenarbeitslosigkeit hervorgerufene Riss, aber auch 7 der wachsende Riss zwischen Wohlstand und Armut oder der noch längst nicht geschlossene Riss zwischen Ost und West.

Doch Solidarität und Gerechtigkeit genießen heute keine unangefochtene Wertschätzung. Dem Egoismus auf der individuellen Ebene entspricht die Neigung der gesellschaftlichen Gruppen, ihr partikulares Interesse dem Gemeinwohl rigoros vorzuordnen. Manche würden der regulativen Idee der Gerechtigkeit gern den Abschied geben. Sie glauben fälschlich, ein Ausgleich der Interessen stelle sich in der freien Marktwirtschaft von selbst ein. Für die Kirchen und Christen stellt dieser Befund eine große Herausforderung dar. Denn Solidarität und Gerechtigkeit gehören zum Herzstück jeder biblischen und christlichen Ethik.

*Aus: Für eine Zukunft in Solidarität und Gerechtigkeit.
Wort des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland und der Deutschen
Bischofskonferenz zur wirtschaftlichen und sozialen Lage in
Deutschland, 1997*

Nachhaltiges Wirtschaften

Die im Herbst 2008 offenkundig gewordene tiefgreifende globale Finanz- und Wirtschaftskrise belegt eindrücklich, dass die Herausforderungen unserer Zeit nicht mehr durch das Vertrauen auf die Selbstheilungskräfte der Marktwirtschaft gelöst werden können.

Zu den drängendsten Herausforderungen gehören der Klimaschutz, der für immer mehr Menschen gefährdete Zugang zu natürlichen und sozialen Lebensgrundlagen, die wachsende Spaltung der Weltgesellschaft in Arm und Reich, der zunehmende Druck von Finanzmärkten auf die Realwirtschaft sowie die immer größeren Risiken bei der Grundversorgung mit Nahrung, Wasser, Energie und anderen lebenswichtigen Ressourcen. Häufig wird mit Sachzwängen der Globalisierung argumentiert. Doch Marktmechanismen sind kein Naturgesetz. Märkte sind soziale Phänomene, die gestaltet werden können.

*Aus: „Die soziale Marktwirtschaft ethisch weiterdenken“.
Marktwirtschaft
gesellschaftlich und kulturell einbetten. Wettbewerb
ökologisch und sozial
ausrichten. Primat der Politik global stärken, Materialien für
den Dienst
in der Evangelischen Kirche von Westfalen, Bielefeld 2009*

Orientierungspunkte für eine nachhaltige Soziale Marktwirtschaft

2 Arbeit darf nicht ausschließlich unter dem Aspekt behandelt werden, dass sie profitabel ist.

2 AUF ist der Überzeugung, dass Wirtschaftspolitik nicht weiter wie bisher betrieben werden kann, wo Wachstum des Sozialprodukts und Gewinn die Hauptziele sind, und Arbeit ein erwünschter Nebeneffekt. Daher tritt AUF für eine nachhaltig wirkende Wirtschaftspolitik ein, die qualitativem und quantitativem Arbeitswachstum Priorität vor Kapitalwachstum gibt, und die in einer harmonischen Beziehung zu den Zielen der Sozial- und Umweltpolitik steht.

2 (Der 'Markt' heilt schon alles, allerdings gehört dazu auch Bankrott, Verluste und ähnliches. Der 'Markt' ist also nicht nur positiv, sondern nur ein Ausdruck von wirtschaftlichen Gesetzmäßigkeiten.)

2 Daher tritt AUF für eine nachhaltig wirkende Wirtschaftspolitik ein, die qualitativem und quantitativem Arbeitswachstum Priorität vor Kapitalwachstum gibt, und die in einer harmonischen Beziehung zu den Zielen der Sozial- und Umweltpolitik steht. AUF tritt für das Prinzip der konsequenten Nachhaltigkeit ein: Nur was sich langfristig verantworten lässt, darf heute geplant und umgesetzt werden. Die Ausbeutung der natürlichen Lebensgrundlagen ist eine enorme Herausforderung, auch für NRW. AUF unterstützt daher alle Zielsetzungen, die gemäß der Nachhaltigkeit das ökologische Gleichgewicht dauerhaft schützen bzw. wiederherstellen, wo es zerstört ist.

Es ist dringend geboten, über das Krisenmanagement hinauszudenken. Die Idee einer nachhaltigen Sozialen Marktwirtschaft leitet uns bei unseren Überlegungen zur Beherrschung der Risiken einer globalen Wirtschaft. Dies lässt sich in zehn Orientierungspunkten entfalten:

(1) Notwendig sind eine klare Regulierung und eine wirksame Aufsicht für alle Finanzmarktakteure und -produkte auf allen Finanzmärkten sowie die Verhinderung von Steueroasen.

(2) Konjunkturprogramme sind vorrangig am Leitbild der nachhaltigen Entwicklung auszurichten.

(3) Das Konzept der klassischen Sozialen Marktwirtschaft bedarf der Erweiterung zu einer sozial, ökologisch und global verpflichteten Marktwirtschaft.

- 2 AUF ist der Überzeugung, dass Wirtschaft in erster Linie durch den Markt gesteuert wird. Wir stehen also entschieden hinter der Sozialen Marktwirtschaft und ihren Grundsätzen. Wir sehen aber, dass der Markt sowohl selbst gegen Missbrauch durch mächtige Unternehmen und Gruppen geschützt werden muss, als auch in Grenzen gehalten werden muss. Daher muss der Staat bzw. die Staatengemeinschaft kompetent und mächtig genug sein, um die Regeln und Grenzen des Markts durchzusetzen.
- 2 Die Bekämpfung von Spekulation ist daher eine nationale Überlebens-Notwendigkeit.

AUF tritt ein für:

- Einrichtung einer europäischen Banken-Aufsicht und eines staatlicher "TÜV" für Finanzprodukte
- Einführung einer Börsen-Umsatzsteuer. Durch sie wird der Nutzen kurzfristiger Finanz- und Währungsgeschäfte (Swing, Day-Trading) vermindert und ein Beitrag zur Staats-Finanzierung geleistet
- Verbot von Leerverkäufen an der Börse
- Prüfung und staatliche Zulassung von börsen-handelbaren Titeln
- Strikte Bewertungsvorschriften und Haftungspflicht für Emittenten von nicht-zertifizierten Titeln
- Aufhebung der Steuerfreiheit von Spekulationsgewinnen
- verschärfte Vorschriften für die Gewährung von Gewinnvergütungen (Boni) für Bankmanager

- 1 Wir können Wachstum von Arbeit nur begreifen, messen und fördern, wenn wir neue Kenngrößen für Beschäftigung definieren und als allgemeingültige Zahlen durch die statistischen Ämter erheben und zu politischen Zielgrößen machen. Wachstum von Arbeit und die Verteilung der Einkommen müssen als Zielgröße im Stabilitätsgesetz neu verankert werden.

- 2 Neubewertung der Marktwirtschaft:
Wertekennzahlen statt Leistungsdaten im BIP
Wir nennen Gewinn wieder Gewinn und Verlust auch Verlust
Für eine soziale Marktwirtschaft brauchen wir Wertekennzahlen statt Leistungsdaten im Bruttoinlandsprodukt.
Wirtschaftskennzahlen müssen die qualitativen Verbesserungen unserer Lebensgrundlagen positiv wiedergeben, damit eine Wohlstandssteigerung auch real wahrnehmbar wird.

So bewertet man heute nach | Bessere Berücksichtigung d
nach dem BIP | ng durch Wertekennzahlen
Erziehungs- und soziale Le | Erziehungs- und soziale Le
istungen in der Familie we | istungen in der Familie si
rden nicht gezählt | nd ein Gewinn!

Eine Zunahme der Unfallzah | Ein Rückgang der Unfallzah
len und Katastrophen steig | len und Katastrophen sind
ern das BIP. | Gewinn!

Erhöhung des Krankenstande | Die Minderung des
Krankens

s bedeutet mehr Dienstleis | tandes bedeutet mehr Gesun
tung, im BIP eine Steigeru | dheit, ein Gewinn!
ng.

Scheidungen bedeuten mehr | Paare, die sich trennen ve
Haushaltskosten und mehr A | rschlechtern meist ihre Le
rbeit, also mehr BIP | bensverhältnisse; weniger
| Scheidungen sind Gewinn!

Entlassungen erhöhen kurzf | Wer Arbeitnehmer entlässt,
ristig die Produktivität, | verursacht einen volkswir
steigern das BIP. Die Fol | tschaftlichen Schaden, den
gekosten trägt die Gemeins | die Allgemeinheit zu trag
chaft. | en hat. – Arbeit für alle
| ist Gewinn!

(5) Die EU ist der politische Gestaltungsraum für eine
ökologisch orientierte Soziale Marktwirtschaft der in ihr
vereinigten Nationalstaaten.

1 (Leider ist die EU hauptsächlich an der Wirtschaft und
Wettbewerb orientiert und nicht an Verbraucherrechten u.ä.
EU-Politik haben wir aus dem landespolitischem
Wahlprogramm rausgelassen.)

(6) Die Ziele der Millennium Development Goals müssen
politisch verfolgt und durchgesetzt werden.

(7) Die sozialen Sicherungssysteme müssen gestärkt und auch 2
für die kommenden Generationen funktionsfähig erhalten
werden.

Bildung ist unsere Zukunft
Da Deutschland außer hochtechnischen Produkten nur
wenige marktwirtschaftlich interessante Produkte anbieten
kann - muss - Bildung als Grundrecht definiert werden.
Somit hat Bildung Verfassungsrang.

(8) Die Kosten der Krise müssen vor allem von den Stärkeren 2
getragen und dürfen nicht nur den nachfolgenden
Generationen aufgebürdet werden.

Kinder und Jugendlichen muss ermöglicht werden, sich zu
motivierten und kompetenten Staatsbürgern mit einem
Blick für soziale Verantwortung entwickeln zu können.
Christliche Werte, wie Gerechtigkeit, Meinungsfreiheit,
Glaubensfreiheit, Nächstenliebe, Recht auf körperliche und
seelische Unversehrtheit etc. haben zur Formulierung der
Menschenrechte und des Grundgesetzes geführt. Kinder
brauchen diese festen Werte als solide Basis.
Dann können sie sich kritisch den immer weiter steigenden
beruflichen und gesellschaftlichen Anforderungen stellen.
Steuersystem: Ausgleich zwischen Arbeit und Kapital
Arbeitseinkommen werden in Deutschland grundsätzlich
höher belastet als Kapitaleinkommen, nämlich durch
Sozialabgaben. Zusätzlich werden Spekulationsgewinne
teilweise steuerfrei gestellt.
AUF hält dies für einen grundlegenden Fehler und fordert
eine mindestens gleiche Belastung aller Einkommen mit
Steuern und Sozialabgaben. Dies geschieht am einfachsten,
wenn Sozialabgaben durchgängig als Steuer auf alle
Einkommen erhoben und den Bürgern über das allgemeine
Grundeinkommen gerecht zur Verfügung gestellt werden.
Ein logisches und radikal vereinfachtes Steuersystem würde
mehr Einnahmen bei weniger Kosten erbringen.

(9) Vermehrte Zukunftsinvestitionen, Schuldenabbau und allgemeine Steuersenkungen stehen als politische Ziele in Spannung zueinander. Unter den Gesichtspunkten der längerfristigen Finanzierung und Inflationsvermeidung muss sorgfältig abgewogen werden, welche Maßnahmen derzeit vordringlich sind.

1

(10) Eine sozial, ökologisch und global verpflichtete Marktwirtschaft ist moralisch weit anspruchsvoller, als im Allgemeinen bewusst ist. Der individuelle Eigennutz, der ein tragendes Strukturelement der Marktwirtschaft ist, kann isoliert zum zerstörerischen Egoismus verkommen. Über die politische und wirtschaftliche Rahmensetzung hinaus ist es eine kulturelle Aufgabe, dem Eigennutz eine gemeinwohlverträgliche Gestalt zu geben. Die Balance zwischen persönlichem Wohlergehen und sozialer und ökologischer Verantwortung geht jeden an. Sie ist nicht zuletzt eine Frage des Lebensstils.

2

erbindung zu Hochschulen und Wissenschaft, durch Förderung eigener Forschung, durch qualifizierte Arbeitskräfte, durch Entbürokratisierung und durch Strukturmaßnahmen.

Die Arbeitsplätze von morgen entstehen aus den Investitionen von heute.

Gezielter Strukturwandel durch Mittelstand

Die Globalisierung ist eine gegebene Tatsache. Die Wirtschaft reagiert auf deren Erfordernisse und Zwänge, indem sie Arbeitsplätze in Deutschland abbaut, um wettbewerbsfähig bleiben zu können. Viele Unternehmen subventionieren ihre Arbeitsplätze in Deutschland durch Produktion und Einkauf in Ländern mit billigen Arbeitsplätzen. Dieser Zustand ist nicht auf Dauer durchzuhalten.

Große Branchen, vor allem Automobil-Industrie und Maschinenbau, haben erhebliche Überkapazitäten. Diese werden durch Abbau von Arbeitsplätzen aufgelöst werden. Um Arbeit in Deutschland nachhaltig zu organisieren, ist eine Umorientierung auf den lokalen, regionalen und Binnenmarkt erforderlich, der den Folgen der Globalisierung weniger oder nicht unterliegt. Beschäftigung und Wohlstand können nicht über weiter gesteigerten Export gesichert werden, sondern erfordern Unternehmer und Unternehmen, die am Ort investieren und Arbeitsplätze bieten, und idealerweise eine Beziehung der Menschen zwischen Arbeit und Produkt herstellen.

Hierzu brauchen wir eine gezielte und langfristige Förderung mittelständischer Unternehmen.

Aus: „Wie ein Riss in einer hohen Mauer“. Wort des Rates der Evangelischen

Kirche in Deutschland zur globalen Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise,

EKD-Texte 100, Juni 2009

Finanzielle Handlungsfähigkeit der Kommunen

Hohe Altschulden verursachen enorme Zinsverbindlichkeiten, die einen Großteil der Steuereinnahmen aufzehren.

Strukturell und konjunkturell bedingte Steuerausfälle führen bei steigenden Verbindlichkeiten zu einer weiteren Einengung der finanziellen Handlungsspielräume.

(Wir haben uns im Wahlprogramm aus technischen Gründen auf 6 Themen beschränken müssen und Themen wie dieses in den Kreis der erweiterten Forderungen gestellt. Der Formulierung können wir so beistimmen.

Angesichts der beschriebenen Krise fordern die Kirchenkreise 2 gemeinsam mit den Spitzenvertreterinnen und -vertretern der Städte

• an erster Stelle ein tragfähiges Konzept zum Abbau der Altschulden, denn „Entwicklung braucht Entschuldung“.

2

• einen solidarischen Lastenausgleich zwischen Bund, Ländern und Gemeinden. Solidarleistungen dürfen nicht länger flächendeckend eingefordert werden, sondern müssen den faktischen Möglichkeiten der einzelnen Kommunen angepasst werden.

2

• Zudem ist eine Fortsetzung und Erweiterung des Solidarpaktes erforderlich mit dem Ziel, dass Mittel aus dem Solidaritätszuschlag auch für strukturschwache Regionen in westlichen Bundesländern bereitgestellt werden.

2

Die Kommunen brauchen eine Finanzierung, die stetig und
auskömmlich ist. Nur so können sie die elementaren
Aufgaben der sozialen Grundsicherung, der Bildung und der
Förderung von Kindern und Jugendlichen weiterhin erfüllen,
ohne immer mehr Schulden zu machen. Daher treten die
Vertreter der Kirchenkreise und der Städte gemeinsam für
eine bessere Gemeindefinanzierung ein.

*Aus: „Gerechtigkeit erhöht ein Volk“ – Solidarität zur
Schaffung gleicher*

*Lebensbedingungen, Votum der Konferenz der
Ruhrsuperintendentinnen und -
superintendenten und der (Ober)Bürgermeisterinnen und
(Ober)Bürgermeister der*

*Städte im Ruhrgebiet und im Bergischen Land und der
Landräte zur*

Finanzlage der Kommunen, März 2010

Bekämpfung von Kinderarmut – Förderung und Unterstützung von Kindern und Familien

Kirchengemeinden, Diakonie, Kinder und Jugendarbeit sowie
zahlreiche bürgerschaftliche Initiativen stehen an der Seite
der von Armut betroffenen Kinder. Es sind Kleiderkammern,
Tafeln, Schulmaterialienkammern, Mittagstische mit
Betreuung bei den Hausaufgaben und vieles mehr entstanden.
All diese Initiativen verdienen besondere Anerkennung. Sie
bleiben jedoch Tropfen auf den heißen Stein, solange
Kinderarmut nicht strukturell bekämpft und überwunden
wird.

Die Kirchen und ihre Diakonie sehen mit großer Besorgnis,
dass viele Kommunen ihre Aufgabe, die öffentliche
Daseinsvorsorge dauerhaft zu sichern, nicht erfüllen können.
Arme Kinder in armen Kommunen sind doppelt benachteiligt.
Aufgabenzuordnung und Finanzausstattung der Ebenen
staatlichen Handelns müssen neu gestaltet werden. Nur so
kann Armut – insbesondere Kinderarmut – entschlossen und
wirksam bekämpft werden.

Die Evangelischen Kirchen und ihre Diakonie in Nordrhein-
Westfalen fordern einen Perspektivwechsel, der die
Gesellschaft von den Grundbedürfnissen der Kinder her sieht.
Ernährung, Wohnung, Kleidung, Gesundheitsvorsorge und
schulische wie außerschulische Bildung müssen für alle
Kinder ausreichend gewährleistet sein.

Sie fordern den Aufbau von Netzwerken der frühen
Förderung und Unterstützung von Kindern und Familien.
Dabei müssen Kinder- und Jugendhilfe, Familien- und
Erwachsenenbildung, Schulen sowie medizinische Dienste
unter Federführung des Jugendamtes mit ihren Kompetenzen
einbezogen werden.

*Aus: „Gemeinsames Wort der Evangelischen Kirche im
Rheinland,
der Evangelischen Kirche von Westfalen, der Lippischen
Landeskirche und*

der Diakonie Rheinland-Westfalen“

*Siehe auch: Landessynode der EKvW 2009 zur Kinderarmut,
S. 24–27*

Nachhaltige Steuerpolitik

(Wir haben in unserem Programm mit einem geänderten
Steuersystem, Grundeinkommen, Erziehungsgehalt eine
Basis geschaffen, um Menschen ein Existenzminimum zu
ermöglichen und andererseits die Möglichkeit zu geben,
eine Arbeit aufzunehmen. Es ist gut, dass Kleiderkammern
u.ä. Gibt, aber schlimm, dass wir das brauchen. Armut kann
man nicht beseitigen, da sie relativ zum
Durchschnittseinkommen ist.

Wir setzen Eigenverantwortung vor Vollversorgung!

Das Grundgesetz der sparsamen Hausfrau wird schnell
vergessen: Man kann nur das ausgeben, was hereinkommt.
Die Finanzierungen auf Pump der vergangenen Jahrzehnte
kommt nun auf uns und unsere Kinder. Wir haben nicht
mehr so viele Ressourcen, wie wir denken. Und von den
verbleibenden wollen Unternehmen ja noch bis zu 25%
Rendite bei einem Wachstum von 2% müssen da viele ins
negative abrutschen. Das finden wir falsch.)

- Weil der Staat für Recht und Frieden zu sorgen hat, benötigt er die finanziellen Mittel, die durch Steuern, Beiträge und Abgaben erhoben werden. Nur wenn er sich auch bei der Erhebung von Steuern als sozialer Rechtsstaat erweist, darf er mit der Loyalität und der Akzeptanz seiner Bürgerinnen und Bürger rechnen. 2
- Steuersystem: Ausgleich zwischen Arbeit und Kapital Arbeitseinkommen werden in Deutschland grundsätzlich höher belastet als Kapitaleinkommen, nämlich durch Sozialabgaben. Zusätzlich werden Spekulationsgewinne teilweise steuerfrei gestellt. AUF hält dies für einen grundlegenden Fehler und fordert eine mindestens gleiche Belastung aller Einkommen mit Steuern und Sozialabgaben. Dies geschieht am einfachsten, wenn Sozialabgaben durchgängig als Steuer auf alle Einkommen erhoben und den Bürgern über das allgemeine Grundeinkommen gerecht zur Verfügung gestellt werden. Ein logisches und radikal vereinfachtes Steuersystem würde mehr Einnahmen bei weniger Kosten erbringen. Weiterhin fordert AUF eine Umsatzsteuer auf Kapitalgeschäfte entsprechend der Mehrwertsteuer auf Waren und Dienstleistungen.
- Deshalb hebt die EKD u.a. folgende Gesichtspunkte für die Erhebung und Verwendung von Steuern und Abgaben hervor:
- Deutschland liegt im europäischen Vergleich der Erhebung von Steuern und Sozialbeiträgen auf einem mittleren Platz. Nicht zuletzt auf dem Hintergrund der Kosten der gegenwärtigen Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise wird in den nächsten Jahren keine Verminderung des Steueraufkommens zu verantworten sein. Anzustreben sind allerdings Verlagerungen innerhalb des Systems, um mehr Gerechtigkeit zu gewährleisten. 2
 - Transparenz von Einnahmen und Ausgaben im Steuersystem wie bei den Beiträgen und Gebühren sind für die Akzeptanz des Steuersystems wichtig. Um die Solidarsysteme angesichts der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Veränderungen zu stärken, müssen sie so gestaltet werden, dass alle Bürgerinnen und Bürger gemäß ihrer Leistungsfähigkeit mit ihren unterschiedlichen Einkommensarten ihren Beitrag leisten. (...) 2
 - Im Blick auf die Chancen der kommenden Generationen, die Erhaltung der natürlichen Ressourcen wie die Förderung von Bildung und Engagement muss grundsätzlich in Richtung auf mehr Nachhaltigkeit umgesteuert werden. 2
 - Steuermoral gehört zu den bürgerlichen Tugenden. Das muss insbesondere für die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Eliten gelten, die über hohe Vermögen verfügen und damit Vorbilder für andere sein können. In der Steuermoral drückt sich das Verhältnis zum eigenen Staat und die Akzeptanz der gesellschaftlichen Ordnung aus. 2
- Vor allem muss das Steuersystem einfacher werden. Steuererklärung auf einem Bierdeckel kann für viele Möglich sein.
- Beispiele kann man mit dem Rechner durchspielen http://auf-herne.jrsch.de/Vergleich_Grundeinkommen_1.0.ods
- Eine zusätzliche Koppelung der Steuersätze (noch nicht im AUF-Programm) an Faktoren wie Arbeitslosigkeit und Verschuldung kann man sich im Beispiel http://auf-herne.jrsch.de/Flexible_Steuersatze.ods ansehen.
- Wie sehen das im Zusammenhang mit den christlichen Werten, auf deren Grundlage wir uns sehen.

Aus: „Transparenz und Gerechtigkeit – Aufgaben und Grenzen des Staates

bei der Besteuerung“, EKD Texte 106, Oktober 2009

Sonn- und Feiertagsschutz

Immer stärker verbreitet sich inzwischen die Neigung, die wirtschaftlichen Interessen und die ökonomische Betrachtungsweise absolut zu setzen und ihnen alle Dimensionen des menschlichen und gesellschaftlichen Lebens unterzuordnen. Dadurch geraten die Sonn- und Feiertage als Perioden der Arbeitsruhe und der seelischen Erhebung stark unter Druck. 2 Schutz der Arbeitsruhe
Seit geraumer Zeit wird beständig der Schutz von Ruhezeiten und Feiertagen reduziert, um Wachstum und Mehr-Beschäftigung zu erzeugen. Diese führte und führt nicht zu mehr Beschäftigung, sondern zu höheren Arbeitszeiten ohne höhere Bezahlung. AUF fordert eine Neuorientierung der Politik weg von den Konsumenten hin zu den arbeitenden Menschen. Sonn- und Feiertage dienen dem Wohlergehen der Menschen durch Ruhe und Entspannung. Der Staat hat die Aufgabe, durch den Schutz von Sonn- und Feiertagen die Lebensqualität der Menschen zu verbessern.

Seit Jahren vollzieht sich eine schleichende Aushöhlung des Sonn- und Feiertagsschutzes. Immer mehr Bereiche werden für die Arbeit an Sonn- und Feiertagen vereinnahmt. 2 Ja!

Im Zuge der Föderalismusreform wurde die Gesetzgebungskompetenz bei der Ladenöffnung vom Bund auf die Länder übertragen. Alle Bundesländer mit Ausnahme von Bayern, haben eigenständige Regelungen erlassen. Es folgte eine Ausdehnung der Ladenöffnungsmöglichkeiten an Sonn- und Feiertagen, die in Berlin bspw. bis zu 10 Verkaufssonntage pro Jahr umfasste.

Bei jeder weiteren Liberalisierung des Sonn- und Feiertagsschutzes wurde und wird von den Initiatoren ins Feld geführt, es handle sich nur um Ausnahmen für einen eingegrenzten Bereich, die kaum ins Gewicht fielen. Das verfassungsrechtlich gewährleistete Regel-Ausnahme-Verhältnis von Ruhe und Arbeit wird durch ökonomische Gründe jedoch immer mehr zur Disposition gestellt. Geltendes Recht wird in Frage gestellt. 2 Ja!

Wir sind inzwischen an einem Punkt, an dem alle gesellschaftlichen Kräfte in unserem Lande gebündelt werden müssen, um der Aushöhlung des Sonn- und Feiertagsschutzes endlich ein Ende zu setzen. 2 Ja!

Ein gemeinsamer Ruhetag ist wichtig! 2 Ja!
Aus: Gründungsaufruf „Allianz für den freien Sonntag“, März 2010, Trägerorganisationen sind Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft, Katholische Arbeitnehmer-Bewegung, Kirchlicher Dienst in der Arbeitswelt (KDA) in der Ev. Kirche im Rheinland und Westfalen, Katholische Betriebsseelsorge, Evangelische Arbeitnehmerbewegung NRW

Schule und Bildung

Kirchliches Bildungsverständnis

Bildung im evangelischen Sinne richtet sich aus an der Würde eines jeden Menschen als einzigartigem Geschöpf Gottes. Die Evangelischen Kirchen in Nordrhein-Westfalen setzen sich deshalb für ein „unverkürztes, mehrdimensionales Verständnis von Bildung“ ein. Zur Bildung gehören auch prüfbares Wissen und nachweisbare Kompetenzen. 2

Aber Bildung ist mehr. Sie „betrifft den ganzen Menschen als Person, seine Förderung und Entfaltung als ‚ganzer Mensch‘ und seine Erziehung zu sozialer Verantwortung für das Gemeinwohl“.

Bildung ist unsere Zukunft

Da Deutschland außer hochtechnischen Produkten nur wenige marktwirtschaftlich interessante Produkte anbieten kann - muss - Bildung als Grundrecht definiert werden. Somit hat Bildung Verfassungsrang.

Kinder und Jugendlichen muss ermöglicht werden, sich zu motivierten und kompetenten Staatsbürgern mit einem Blick für soziale Verantwortung entwickeln zu können.

- Wir messen die Leistung von Bildungseinrichtungen wie die bildungspolitischen Anstrengungen im Land daran, inwieweit sie alle Kinder und Jugendlichen entsprechend ihrer jeweiligen Gaben gleichermaßen und differenziert fördern und zur umfassenden Entfaltung ihrer Gaben herausfordern. 2 Kinder und Jugendlichen muss ermöglicht werden, sich zu motivierten und kompetenten Staatsbürgern mit einem Blick für soziale Verantwortung entwickeln zu können. Das Kind muss mit seinen Bedürfnissen im Vordergrund stehen. Deshalb muss jede Schule dafür Verantwortung übernehmen, ihre Kinder zu einem angemessenen Abschluss zu führen. Dazu braucht sie veränderte, bessere Bedingungen und ein differenzierteres Abschlusssystem.
- In einem demokratischen Bildungswesen darf die soziale Herkunft kein bleibendes Hindernis für die Bildungsmöglichkeiten der Menschen sein. „Eine gerechte Gesellschaft muss so gestaltet sein, dass möglichst viele Menschen tatsächlich in der Lage sind, ihre jeweiligen Begabungen sowohl zu erkennen, sie auszubilden und produktiv für sich selbst und für andere einsetzen zu können.“ 2 Wichtig ist das Kind, nicht ein System
Unser Ziel ist nicht, irgend ein System zu verteidigen, sondern den Bedürfnisse der Kinder zu entsprechen.
- Jedes Kind bekommt einen individuellen Lerngang
 - Jedes Kind kann Abschlüsse in einzelnen Fächern auf unterschiedlichen Niveaus erwerben und später ergänzen
 - Jedes Kind bekommt differenzierte und individuelle Förderung, Betreuung und Zuwendung
 - Der Schulbetrieb kann durch zusätzliche kompetente externe Kräfte unterstützt werden
 - Kinder, die die „Schulreife“ noch nicht erreicht haben, haben das Recht, auf Wunsch eine Vorschule zu nutzen. Wenn Schulen jahrgangsübergreifend arbeiten wollen, soll dies möglich sein
 - Deutlich kleinere Klassen mit max. 24 Schüler
 - Freie Schulwahl ohne Zwangszuweisungen
 - Förderung der Eigenständigkeit der Schulen
 - Jeder kann Abschlüsse in einzelnen Fächern auf unterschiedlichen Niveaus erwerben
 - Die Eltern und Schüler gestalten über ihre Wahl das System
 - Durch freie Schulwahl und Trägerschaft entsteht ein „Schulmarkt“, der Bildungsressourcen effektiver nutzt
 - Für die Versorgung von ländlichen oder sozial schwierigen Bereichen werden den Schulen Ausgleichsoptionen angeboten
 - Schule muss sich den Kindern anpassen, nicht Kinder passend gemacht werden. Eine Individualschule bietet allen Eltern die Möglichkeit, sich ihren Schultyp zu wählen, verpflichtet andererseits die Schule, alles zu tun, dass ihre Schüler ihren optimalen Abschluss bekommen. Die Werteerziehung und Persönlichkeitsbildung haben den gleichen Stellenwert wie die Vermittlung von Fachwissen

Anforderungen an die Schulstruktur in NRW

- Wir müssen feststellen: Die Schulstruktur in NRW, in der für 9-jährige Kinder entschieden wird, welcher von drei Schulformen mit unterschiedlichem Leistungsanspruch sie in der Sekundarstufe I zugeordnet werden, erfüllt nicht die Anforderungen an ein gerechtes und begabungsförderliches Schulsystem. 0 haben wir oben dargelegt. Wir setzen nicht auf ein System, schließen aber auch keines aus. Der Ansatz muss andersherum gehen.
- Die bestmögliche Förderung jedes Kindes muss das vorrangige Ziel jeder Schule sein, an der sich alle anderen Maßnahmen zu orientieren haben. Schülerinnen und Schüler müssen an der Schule, die sie besuchen, die Erfahrung machen können, mit ihren individuellen Fähigkeiten willkommen zu sein und gefördert und herausgefordert zu werden – unabhängig von ihrem sozialen und kulturellen Milieu. Wir treten ein 2 haben wir oben dargelegt.
1. für eine größere Offenheit von Bildungswegen, 2 haben wir oben dargelegt.

2. für mehr Mut zur Heterogenität in der Schule, also für mehr gemeinsames Lernen von Kindern mit unterschiedlichen Begabungen und unterschiedlicher sozialer Herkunft. Wir treten ein für eine Schule,	1	haben wir oben dargelegt.
1. die sich an den Gaben und an den unterschiedlichen Lerngeschwindigkeiten der Kinder und Jugendlichen orientiert und die Kopf, Herz und Hand anspricht,	2	haben wir oben dargelegt.
2. die sich an einem umfassenden Bildungsverständnis orientiert, das den „Zusammenhang von Lernen, Wissen, Können, Wertbewusstsein, Haltungen und Handlungsfähigkeit im Horizont sinnstiftender Deutungen des Lebens“ wahr, und darin auch der religiösen Bildung Raum gibt, 3. die an die Stärken der Kinder anknüpft, Beschämung vermeidet, Schwächen wahrnimmt und sie mit geeigneten Fördermöglichkeiten abbaut, zu besonderen Leistungen ermutigt und herausfordert,	2	haben wir oben dargelegt.
4. die individuelle Lernpläne entwickelt und die Rechenschaftspflicht für den Bildungsweg der ihr anvertrauten Kinder und Jugendlichen übernimmt,	2	haben wir oben dargelegt.
5. in der die Kinder und Jugendlichen ein demokratisches Zusammenleben und Zivilcourage lernen und eine Kultur des Respekts und des sorgsam Miteinanders gepflegt wird,	2	haben wir oben dargelegt.
6. die flächendeckend als rhythmisierte Ganztagschule in gebundener Form angeboten wird,	-1	Da sind wir anderer Meinung. Auch wenn es in der gegenwärtigen verfahrenen Situation sinnvoll erscheint Kinder in Ganztagschulen zu unterrichten, so soll doch langfristig Erziehung wieder in kompetente Familien verlagert werden.
7. die Schule „vor Ort“ ist. D.h. wir treten ein für den Erhalt wohnortnaher Schulstandorte mit umfassenden Bildungsangeboten, damit Schule Teil der räumlichen Lebenswelt von Kindern und Jugendlichen sein kann und lange Schulwege vermieden werden.	1	
8. die auch ihre Grenzen akzeptiert: „Es gibt ein Leben nach und außerhalb der Schule!“ Außerschulische Bildung z.B. in der Konfirmanden- und Jugendarbeit, in Chören und Sportvereinen (u.a.) braucht Raum neben der Schule. Kinder und Jugendliche brauchen auch Frei-Zeit.	2	Eben aus dem Grunde sind wir nicht für Ganztagschulen! Die Wahlprüfsteine sind da nicht stringent.
Für einen breiten gesellschaftlichen Konsens		
So verstandene schulische Bildung verdient und braucht gesteigerte gesellschaftliche Unterstützung. Dazu gehört die gesellschaftliche Wertschätzung von schulischer Bildung, von Schule als Institution und des Lehrerberufs. Ein unverzichtbarer Teil dieser Unterstützung besteht in der deutlichen Ausweitung der bereitgestellten materiellen und personellen Ressourcen, z.B. zur räumlichen Ausstattung und Gestaltung von Schule sowie zur dringend erforderlichen Verbesserung der Lehrer-Schüler-Relation.	2	haben wir oben dargelegt.
Wir müssen uns in NRW auf den Weg zu einem breiten gesellschaftlichen Konsens über die Gestalt eines veränderten Schulangebotes machen.	2	Wir machen absichtlich keine Aussage zum Schulsystem, sondern wir wollen eine offene Diskussion und viele Möglichkeiten, damit sich das System verändern kann. Richtig!
Dazu gehört eine langfristige bildungspolitische Perspektive, die [...] über die politische Konstellation einer Legislaturperiode hinausreicht.	2	
Als Träger von Bildungseinrichtungen sind wir bereit, Konkretionen modellhaft umzusetzen. Dazu bedarf es der politischen Zustimmung.	2	Gerade Privatschulen wie die in kirchlicher Trägerschaft halten wir für wichtig, für Vorreiter von neuen Methoden.
<i>Aus: „Bildungsgerechtigkeit und Schule“. Eine Stellungnahme</i>		

Migration und Integration

Die Kirchen treten seit vielen Jahren dafür ein, die Praxis der so genannten „Kettenduldungen“ zu beenden und Menschen, denen aus verschiedensten Gründen eine Ausreise nicht zugemutet werden kann, eine Aufenthaltsperspektive zu ermöglichen.

Viele Familien haben sich trotz der Schwierigkeiten, die der Duldungsstatus mit sich bringt, im Rahmen des Möglichen integriert. Ihre Kinder sind häufig in Deutschland geboren, besuchen den Kindergarten oder die Schule und haben kaum Bezugspunkte zum Herkunftsland ihrer Eltern. Die Betroffenen dauerhaft in einem Status der Ungewissheit zu belassen, wird dem Grundbedürfnis der Menschen nach einer verlässlichen Lebensperspektive nicht gerecht. Der bereits vorhandene Spielraum des Aufenthaltsgesetzes, aus humanitären Gründen eine Aufenthaltserlaubnis zu erteilen, wird von den Ausführungsbestimmungen auf Bundes- und Landesebene allzu stark eingeschränkt. Neben einer entsprechenden Anpassung der Verwaltungsvorschriften und der Umsetzung des Gesetzes in den Ländern muss auch das Aufenthaltsgesetz selbst weiterentwickelt werden. Personen, die in Deutschland integriert sind und denen daher die Ausreise nicht mehr zugemutet werden kann, sollten eine Aufenthalts- und Arbeitserlaubnis erhalten.

*Aus: Gemeinsame Erklärung von Weihbischof Dr. Josef Voß,
Bischof Münster,
Vorsitzender der Migrationskommission der Deutschen
Bischofskonferenz,
und Präses Alfred Buß, Evangelische Kirche von Westfalen,
Vorsitzender der
Kommission für Migration und Integration der
Evangelischen Kirche in
Deutschland vom 11.05.2009*

Teile der Bevölkerung dürfen nicht einem Ordnungsrecht unterliegen, das durch Sanktionsdrohungen geprägt ist und vorrangig dem Erhalt der Sicherheit dient. Vielmehr müssen Eingewanderte als Träger von Rechten akzeptiert werden, denen man ein selbstbestimmtes Leben ermöglicht und zutraut. Dazu ist ein auf Inklusion und Partizipation ausgerichtetes Ausländerrecht zu entwickeln.

*Aus: „... denn ihr seid selbst Fremde gewesen“ – Vielfalt
anerkennen und
gestalten. Ein Beitrag der Kommission für Migration und
Integration der EKD
zur einwanderungspolitischen Debatte, EKD-Texte 108, 2009*

1 Wir stimmen dem zu. Jedoch muss man darauf achten, dass die Betreffenden auch sich um Integration bemühen.

Energiepolitik und Klimaschutz

Klimaschutz als Aufgabe des Staates

Deutschland muss sich Ziele zur Minderung der Treibhausgase setzen, die im Einklang mit den Erkenntnissen der Klimawissenschaft stehen und gleichzeitig den künftigen kohlenstoffarmen Entwicklungspfad vorgeben. Daraus folgt die Verpflichtung, die Kohlendioxid-Emissionen bis 2020 um 40% (gegenüber 1990) und bis 2050 um 80 bis 95% (gegenüber 1990) zu verringern.

Angesichts der dramatischen Beschleunigung des Klimawandels seit dem letzten IPCC-Bericht sollte diese Emissionsreduktion vorrangig im eigenen Land erbracht werden und der internationale Handel mit Emissionsrechten (vor allem CDM) zusätzlich sein.

Die Folgen des Klimawandels treffen vor allem die Entwicklungsländer und büden ihnen hohe zusätzliche Kosten auf. Viele wissenschaftliche Studien nennen einen finanziellen Bedarf in dreistelliger Milliardenhöhe. Ohne entsprechende finanzielle Unterstützung, zu der die Hauptverursacher des Klimawandels nach dem Verursacherprinzip verpflichtet sind, droht das Scheitern der Klimaverhandlungen von Kopenhagen. Daraus folgt: Deutschland muss einen verlässlichen Beitrag zur Finanzierung von Maßnahmen des Klimaschutzes und von Anpassungsmaßnahmen in den Ländern des Südens leisten. Diese Mittel müssen zusätzlich zu den Mitteln der Öffentlichen Entwicklungszusammenarbeit (Official Development Assistance/ODA) bereit gestellt werden. Zu den Einzelheiten verweisen wir auf die entwicklungspolitische Plattform der Kirchen „Klima der Gerechtigkeit“.

Aus: Beschluss der Landessynode der EKvW, Bielefeld, 2009

2 Wir bauen AUF eine lebenswerte Schöpfung! Ausstieg aus dem Energieimport durch konsequente Förderung regenerativer Energien, dezentrale Kleinkraftwerke, Aufbau von Strompuffern, intelligente Transportsysteme, regionale Produktion Der Dreh- und Angelpunkt einer ökologisch zukunftsorientierten Umweltpolitik ist die konsequente Wende in der Energiepolitik. In der Energie- und im Besonderen der Stromerzeugung liegen die größten Einsparpotentiale an klimaschädlichen Gasen, die größten Chancen für innovative und zukunftsfähige Technologien und damit großartige Möglichkeiten für die Schaffung neuer Arbeitsplätze. NRW muss sich zu einem Vorreiter für diese Zukunftsmärkte entwickeln.

Eine Politik der Nachhaltigkeit beinhaltet den konsequenten Abschied von fossilen Energieträgern. Kohlekraftwerke gehören der Vergangenheit an und werden von AUF nicht weiter unterstützt. Der beschlossene Ausstieg aus der Steinkohleförderung muss weiter umgesetzt werden. Auch das mittelfristige Auslaufen der Braunkohleverstromung ist ohne jede Alternative.

2 Umwelt und Naturerbe schützen Die AUF-Partei tritt entschieden für den Erhalt von Natur und Umwelt ein. Das einseitig auf materiellen Verbrauch ausgerichtete Wohlstandsmodell hat den Ressourcenbestand und die Ökosysteme aus dem Gleichgewicht gebracht. Die Folgen sind die Gefährdung der menschlichen Lebensgrundlagen Wasser, Luft und Boden, und die Störung und Zerstörung wichtiger Lebensräume von Pflanzen und Tieren. Für Christinnen und Christen in der AUF-Partei ist die Bewahrung der wunderbaren Schöpfung Gottes ein starker Impuls für ihr politisches Engagement.

AUF tritt für das Prinzip der konsequenten Nachhaltigkeit ein: Nur was sich langfristig verantworten lässt, darf heute geplant und umgesetzt werden. Die Ausbeutung der natürlichen Lebensgrundlagen ist eine enorme Herausforderung, auch für NRW. AUF unterstützt daher alle Zielsetzungen, die gemäß der Nachhaltigkeit das ökologische Gleichgewicht dauerhaft schützen bzw. wiederherstellen, wo es zerstört ist.

1 Dazu haben wir im Moment noch keinen Beschluss, aber unser Programm geht in diese Richtung.

Siehe auch: Klima der Gerechtigkeit, Entwicklungspolitische Klimaplattform der Kirchen, Entwicklungsdienste und Missionswerke, Oktober 2008
Siehe auch: Umkehr zum Leben, Nachhaltige Entwicklung im Zeichen des Klimawandels, Eine Denkschrift des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland, 2009

Kernenergie – kein Ausstieg aus dem Ausstieg

Angesichts der unabsehbaren Risiken fordern wir die Bundesregierung auf, umgehend aus der nicht beherrschbaren Kernenergie auszusteigen, zumindest jedoch am Atomkonsens aus dem Jahre 2000 und an den Laufzeitregelungen des Atomgesetzes von 2002 festzuhalten.

2 Die unbefristete Nutzung der Atomkraft ist unverantwortlich und sollte auch gegenüber den Nachbarstaaten (z. B. Frankreich) eingefordert werden. Eine Laufzeitverlängerung für Atomkraftwerke wird es mit AUF nicht geben. Auch wenn in NRW kein Atomkraftwerk mehr am Netz ist, so sind doch mit der Urananreicherungsanlage in Gronau und dem Brennelemente - Zwischenlager in Ahaus wichtige Glieder der atomaren Brennstoffkette. AUF - NRW will den Betrieb so schnell wie möglich stoppen. Die bereits jetzt anfallenden Folgekosten der Atomenergie, wie die Sanierung des Lagers Asse, müssen über den Preis von Atomstrom finanziert werden.

Kernpunkte einer konsequenten Energiewende sind der zielgerichtete Ausbau von Erneuerbaren Energien, eine bessere Effizienz, und eine umfassende Energiespar-Strategie.

Die Endlagerung radioaktiver Abfälle muss nach dem Verursacherprinzip in unserer Generation geregelt werden. Die Entsorgung auf nachfolgende Generationen zu verschieben ist, wie die risikoreiche Verlängerung der Kraftwerkslaufzeiten, ethisch nicht zu vertreten. (...)

2 Richtig!

Wir fordern die Bundesregierung und die Energieversorgungsunternehmen auf, die Umsetzung des Klimaschutzes in Deutschland durch Aufbau einer effizienten, z.T. dezentralen Energieversorgung zu stärken. Wir fordern sie auf, die vermehrte Nutzung regenerativer Energieträger gezielt voranzutreiben. Ebenso müssen alle Möglichkeiten systematisch erschlossen werden, Energie effizient einzusetzen und zu sparen.

2 Richtig!

Wir sind der Überzeugung, dass Deutschland hiervon auch als Wirtschafts- und Innovationsstandort im großen Maße profitieren wird und viele neue Arbeitsplätze geschaffen werden.

2 Richtig!

Der Aufbau einer nachhaltigen, umwelt- und generationengerechten Energieversorgung ist jedoch nicht allein eine Frage politischer Vorgaben und technischer Umsetzungen.

Jede und jeder von uns ist gefordert, Zukunftsverantwortung zu übernehmen und ihren bzw. seinen Lebensstil umwelt- und klimaschonend auszurichten. Dies gilt auch für die Kirche als Organisation. Im kirchlichen Bereich bestehen noch große ungenutzte Energieeinsparpotenziale und Defizite bei der effizienten Verwendung von Energie.

Wir rufen daher Kirchengemeinden und kirchliche Einrichtungen auf, ihren Energieverbrauch z.B. durch Einführung von Umweltmanagementsystemen („Grüner Hahn“) systematisch zu verringern. Auch sollte die Nutzung regenerativer Energieträger im kirchlichen Bereich weiter ausgebaut werden.

Aus: Tschernobyl darf sich nie wiederholen! Erklärung der Kirchenleitung der Evangelischen Kirche von Westfalen zum 20. Jahrestag der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl, April 2006

Bioenergie

Der ausreichenden Erzeugung von Grundnahrungsmitteln gebührt der Vorrang vor der Futtermittel- und Energiepflanzenproduktion. Der einsetzende Klimawandel und der steigende weltweite Fleischkonsum – gekoppelt mit der wachsenden Nachfrage nach Agrartreibstoffen – tragen jedoch bereits heute stark dazu bei, die Ernährungssicherheit in den Entwicklungsländern zu verschlechtern. (...) Dies wird zu einer weiteren Verstärkung der Flächenkonkurrenz zwischen „food“ (Nahrung), „feed“ (Futter) und „fuel“ (Treibstoffe) sowie zu steigenden Preisen für landwirtschaftliche Produkte führen.

Hier müssen Staaten ihre Politik überprüfen und so verändern, dass die Umsetzung des Menschenrechts auf Nahrung gewährleistet ist. (...)

Solange für den Lebensstil und das Wirtschaftssystem der westlichen Welt ein übergroßer Energiekonsum nötig ist, führt die Substitution von fossilen Energieträgern durch nachwachsende Rohstoffe in die Sackgasse (...).

Agro- bzw. Bioenergie besitzt keinen „ökologischen Freibrief“. Angesichts großer Wachstumspotenziale und steigender Nachfrage müssen die Folgen des großflächigen Anbaus von Energiepflanzen kritisch bewertet werden. Die Sicherstellung der Ernährung und die Bewahrung der Schöpfung haben höchste Priorität.

Ein umwelt- und sozialverträglicher Ausbau der Bioenergie ist möglich, setzt aber klare Grenzen (Leitplanken) voraus. Er muss von einer radikalen Senkung des Primärenergieverbrauchs in den Industrieländern durch Energieeinsparung und rationelle Energienutzung begleitet werden. Außerdem müssen wegen der wachsenden Gefahr von Flächenkonkurrenzen die Lebensmittelverschwendung und der hohe Fleischkonsum in den Wohlstandsgesellschaften verringert werden.

Aus: Klima der Gerechtigkeit, Entwicklungspolitische Klimaplattform der Kirchen, Entwicklungsdienste und Missionswerke, Oktober 2008

Siehe auch: Chancen und Risiken der energetischen Nutzung von Biomasse aus

Zukunft für einen ökologisch orientierten ländlichen Raum
2 Weite Regionen in NRW sind geprägt durch Landwirtschaft, Wälder und Natur. Der sogenannte „ländliche Raum“ hat in NRW aber auch eine wirtschaftlich hohe Bedeutung. Agrar- und Forstwirtschaft, Gartenbau, sowie eine leistungsstarke mittelständisch ausgerichtete Wirtschaft und nicht zuletzt der Tourismus bilden ein relativ stabiles Netz der ländlichen Strukturen. Auch bedroht der demografische Wandel eine nachhaltig günstige Entwicklung, weil junge Menschen abwandern. So ist die Weiterführung naturnaher biologisch vielfältiger ländlicher Betriebe grundsätzlich gefährdet.

1 Die konventionelle Landwirtschaft steckt in einem Dilemma. Bäuerliche Strukturen werden durch eine fehlgeleitete Förderpolitik mit der Folge einer rasanten Entwicklung zur Agrarindustrie und durch Preisdumping der Lebensmitteldiscounter (z.B. Milch!) geschwächt oder sogar zerstört. Gleichzeitig steigt die Nachfrage nach ökologisch erzeugten Lebensmitteln, bei weiterhin stagnierender Anbauflächen für Bio-Produkte. Hier gilt es umzudenken: Agrarförderung hat die Aufgabe, bäuerliche Strukturen zu stärken (z.B. durch Ausbau der regionalen Vermarktung), und sollte an ökologischen Kriterien ausgerichtet sein.

1
2 Richtig!

2 Richtig!

Energie- und Klimapolitik in NRW

Klimaschutz im „EnergieLand NRW“

Das „EnergieLand Nr. 1“ Nordrhein-Westfalen hat hohe CO₂-Emissionen und damit eine besondere Verantwortung. Rund ein Drittel der deutschen Stromerzeugung findet in Nordrhein-Westfalen statt. Fast 30% der in Deutschland benötigten Gesamtenergie werden hier verbraucht. Mit durchschnittlich 16 Tonnen Kohlendioxidausstoß pro Kopf und Jahr ist der Verbrauch der Einwohner in NRW nicht viel geringer als der der Einwohner der USA. Gelingt in Nordrhein-Westfalen die Umsetzung eines wirkungsvollen Klimaschutzprogramms, hat dies Vorbild- und Sogwirkung für den Klimaschutz in Deutschland und Europa.

AUF setzt sich ein für:
Kraft-Wärme-Kopplung (also die gleichzeitige Erzeugung von Strom und Wärme)
Ausbau und Entwicklung der Gebäude-Dämmung
energetische Sanierung
Strom sparen (größte Einsparmöglichkeiten in privaten Haushalten, z.B. Austausch von elektrischen Nachtspeicherheizungen)
Ausbau der Erneuerbaren Energien als Energieträger der Zukunft (z.B. Windenergie, Biomasse, Solar- und Geothermie, Gezeitenkraftwerke, osmotische Salz-/Süßwasserkraftwerke)
Dezentrale, wettbewerbsorientierte und mittelstandsfreundliche Strukturen in der Strom- und Gasversorgung
Erhaltung der kommunalen Trägerschaft der Energieerzeuger wie Stadtwerke
Auslaufen der Braunkohleverstromung; keine weiteren Kohlekraftwerke in NRW
schnellstmöglicher Ausstieg aus der Atomkraft

Die altersbedingt notwendigen Ersatzinvestitionen in der Energieerzeugung bieten eine große Chance für den Klimaschutz. Die Energiewirtschaft setzt jedoch weiterhin auf den Neubau von Stein- und Braunkohlegroßkraftwerken, die unter Klimagesichtspunkten die denkbar schlechteste Form der Energiegewinnung sind.

1 haben wir oben dargelegt.

Elf der 28 Braun- und Steinkohlekraftwerke in Deutschland werden zurzeit in NRW geplant. Werden alle laufenden Planungen realisiert, würden 40 und mehr Jahre hohe CO₂-Emissionen festgeschrieben und der Klimaschutz über lange Zeit konterkariert.

2 haben wir oben dargelegt.

Noch besteht die Möglichkeit, im Dialog andere energiepolitische Weichenstellungen vorzunehmen und – statt mit zentralen Großkraftwerken – die Energieversorgung durch bedeutend effizientere dezentrale Kraftwerke, erneuerbare Energien und effizienteren und sparsameren Umgang mit Energie sicherzustellen.

2 haben wir oben dargelegt.

Die Landessynode beauftragt die Kirchenleitung, ihren Einfluss gegenüber der Bundesregierung und der Landesregierung Nordrhein-Westfalens geltend zu machen, damit umgehend ein plausibles Klimaschutzprogramm entwickelt und konsequent umgesetzt wird, das den politischen Absichtserklärungen entspricht.

Die Landessynode beauftragt die Kirchenleitung, die Landes- und die Bundesregierung aufzufordern, sich für ein Moratorium beim Bau neuer Kohlekraftwerke einzusetzen.

Mit Sorge sehen wir, dass auch die Klimastrategie des Landes NRW zwar ein ambitioniertes Reduktionsziel verfolgt, einen großen Teil des Klimaschutzes jedoch durch eine Neubauoffensive von 11 Braun- und Steinkohlekraftwerken umsetzen will.

Bedrückend ist, dass nur an dieser Stelle das Klimakonzept der Landesregierung sehr konkret wird.

Klimaschutzmaßnahmen wie Altbausanierungen, der Aufbau einer umweltgerechten Infrastruktur, der Ausbau der Kraftwärmekopplung und der erneuerbaren Energien in NRW werden in diesem Konzept entweder nur marginal behandelt oder es wird ihnen keine Finanzierungsstrategie beigelegt, so dass ihre Umsetzung fraglich ist.

Wir setzen uns für einen deutlichen Paradigmenwechsel in der Energieversorgung ein. In Stichworten bedeutet dies für die Energiebereitstellung: von „ineffizient-zentral- fossil“ auf „effizient-dezentral-erneuerbar“, für die Energieverbraucherseite:

verstärktes Energiesparen durch einen anderen Lebensstil sowie die systematische Senkung des Energieverbrauchs durch energieeffiziente Geräte, Fahrzeuge, Häuser (...).

Der dabei notwendige Strukturwandel braucht verlässliche Rahmenbedingungen für alle Akteure. Nur dann kann der (alternativlose) Ausstieg aus der fossilen Energiegewinnung und aus der AKW-Technologie geordnet erfolgen. Wir brauchen daher in Deutschland eine konsistente, wirkungsvolle Energie- und Klimaschutzstrategie, die über viele Legislaturperioden auch politisch durchgehalten wird. Dafür setzen wir uns zusammen mit der Klimaallianz ein!

Aus: Landessynode der EKvW 2008, Bericht des Präses

Siehe auch: Positionspapier der von der EKvW

(mit-)gegründeten

bundesweiten „Klimaallianz“

weitere Informationen auch unter www.die-klima-allianz.de

Klimaschutz und Landesentwicklungsplanung

Umso größer ist unsere Sorge darüber, dass aus dem nordrhein-westfälischen Gesetz zur Landesentwicklung (Landesentwicklungsprogramm, LEPro) sämtliche Vorgaben zum Klimaschutz gestrichen werden sollen. Dies betrifft Energieeinsparung, Nutzung erneuerbarer Energieträger und Kraft-Wärme-Kopplung. Die Entscheidung darüber soll noch vor den Weihnachtsferien und zeitgleich zur Schlussrunde der Verhandlungen der UN-Klimakonferenz in Kopenhagen erfolgen. Mit der Streichung von Klimaschutzziele aus dem LEPro, namentlich des § 26, wären die bisherigen gesetzlichen Vorgaben aufgehoben. Für die Bewahrung der Schöpfung unverzichtbare Standards gingen dann verloren, Fortschritte im Bereich des Klimaschutzes in Nordrhein-Westfalen wären passé.

Angesichts der bedrohlichen Geschwindigkeit des Klimawandels halten wir die geplante Gesetzesänderung für ein falsches und nicht zukunftsorientiertes politisches Signal. Es widerspricht nicht nur den auf internationaler Ebene vereinbarten Klimazielen, sondern auch der Klimaschutzpolitik, die im Koalitionsvertrag von CDU/CSU und FDP auf Bundesebene festgeschrieben wurde.

2 Wir auch.

2 haben wir oben dargelegt.

2 haben wir oben dargelegt.

2 Richtig!

Die unterzeichnenden Organisationen der Klimaallianz bitten Sie dringend, Ihren Einfluss geltend zu machen, damit die Streichung des Klimaschutzes aus dem Gesetz zur Landesentwicklung abgewandt werden kann.

Aus: Offener Brief an die Landesvorsitzenden von CDU und FDP in Nordrhein-

Westfalen – Streichung des Klimaschutzes aus dem Landesgesetz

(15. Dezember 2009) unterzeichnet von: Evangelische Kirche von Westfalen,

Lippische Landeskirche, WWF, Misereor, BUND, NABU, Germanwatch u.v.a.

Anm.: Die Streichung des Klimaschutzes aus dem Landesentwicklungsprogramm

erfolgte mit der Mehrheit der Regierungskoalition am 18. Dezember 2009.

Klimaschutz – gesetzlich verankern

Die Unterstützer (...) der Kampagne „Klimaschutzgesetz Jetzt!“ fordern, dass der Nordrhein-Westfälische Landtag nach der Wahl am 9. Mai 2010 ein Klimaschutzgesetz schafft.

2 ok! Wir sind dabei!

Zweck des Gesetzes ist der Schutz des Klimas durch die Verminderung der Treibhausgasemissionen in NRW bis 2050 um 95% gegenüber 1990, insbesondere durch Maßnahmen der Einsparung von Primär- und Endenergie, der Steigerung der Energieeffizienz, der Umstellung der Energieerzeugung auf Erneuerbare Energien sowie der Reduktion der nicht-energiebedingten Treibhausgasemissionen.

Aus: Aufruf für ein Klimaschutzgesetz NRW, April 2010,

initiiert durch die Klima-Allianz, unterstützt u.a. von:

Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland – Landesverband NRW,

Evangelische Kirche von Westfalen, NABU Landesverband NRW,

Eine Welt-Netz NRW, Deutsche Umwelthilfe, Oxfam,

Campact, Misereor,

Greenpeace, Germanwatch u.a.

27

Klima- und Ressourcenschutz im Handeln der Kirche

Die Landessynode beauftragt die Kirchenleitung, ein Energiespar- und Klimaschutzkonzept für die Landeskirche zu entwickeln. Dieses Klimaschutzkonzept sollte folgende Komponenten beinhalten:

- Die Einsparvorgaben müssen den Zielvorgaben wirkungsvollen Klimaschutzes entsprechen und alle Bereiche kirchlichen Handelns umfassen. Das bedeutet konkret eine Reduzierung der CO₂-Emissionen bis 2020 um 40% auf der Basis von 1990 (...).
- Die Kirchenleitung möge die Gemeinden und Kirchenkreise darin unterstützen, die Potenziale der kirchlichen Entwicklungs- und Partnerschaftsarbeit für den Klimaschutz zu stärken und auszubauen.
- (...) Die Landessynode fordert die kirchlichen Körperschaften auf, bei ihren Veranstaltungen auf CO₂-Neutralität und Umweltverträglichkeit zu achten (...).

– Wir (...) wollen als Gemeinden und Einrichtungen der Kirche und Diakonie unsere Marktmacht nutzen, indem wir beharrlich fair gehandelte und ökologische Produkte einkaufen (...). Das kirchliche Umweltmanagement „Der Grüne Hahn“ und die Initiative „Zukunft – einkaufen“ sollen dabei vom Projekt zum Prinzip kirchlichen Handelns entwickelt werden.

Aus: Beschluss der Landessynode der EKvW, Bielefeld, 2008

Weitere Informationen unter: www.gruener-hahn.net sowie www.zukunft-einkaufen.de

Grüne Gentechnik

Welternährung und Grüne Gentechnik

Die von Befürwortern der Gentechnik angeführten Argumente, dass Pflanzen durch Gentechnik an den Klimawandel angepasst, Erträge gesteigert und so die Probleme der Welternährung gemeistert werden können, sind in der Praxis nicht belegt worden. Auch deshalb fordern wir, die strenge Regulierung der Zulassung gentechnisch veränderter Pflanzen aufrechtzuerhalten. (...)

2 Eine überwiegende Mehrheit der Menschen in NRW lehnt gentechnisch veränderte Lebensmittel ab. Der Anbau von gentechnisch veränderten Pflanzen („Grüne Gentechnik“) birgt hohe Risiken: Natürliche Pflanzenbestände können unwiderruflich zerstört werden, der Erhalt der Kulturlandschaften ist gefährdet, möglicherweise finden Tiere, insbesondere Insekten, keine Nahrungsgrundlage mehr. Die Auswirkungen auf den menschlichen Organismus sind vollständig unbekannt. Grüne Gentechnik widerspricht dem Prinzip der Nachhaltigkeit.

Zur Beendigung des Welthungers müssen die Ursachen des Welthungers bekämpft werden, die in strukturell bedingter Armut liegen. So müssen z.B. die vorhandenen Güter gerecht verteilt, das bäuerliche Know-how weiterentwickelt, Zugang zu Land für die Armen ermöglicht und eine Agrar- und Welthandelspolitik geschaffen werden, die die Ernährungssicherheit stärkt und nicht untergräbt.

2 haben wir oben dargelegt.

Wir bekräftigen unsere kritische Haltung zum Anbau gentechnisch veränderter Pflanzen in Deutschland und fordern die verantwortlichen Politiker und Politikerinnen auf, die strenge Gentechnikgesetzgebung nicht aufzuweichen: Nulltoleranz bei Verunreinigungen von Saatgut, Beibehaltung der Grenzwerte für Verunreinigungen durch nicht zugelassene gentechnisch veränderte Sorten, Aufrechterhaltung der Haftungsbestimmungen sowie der Wahlfreiheit für Verbraucherinnen und Verbraucher. Die Regelungen für Patente auf Pflanzen und Tiere müssen überarbeitet und die Reichweite dieser Patente eingeschränkt werden.

2 haben wir oben dargelegt.

Auf unserem kirchlichen Pachtland wird es auch weiterhin keinen Anbau von gentechnisch veränderten Pflanzen geben!

Es ist gut, dass Kirche da vorangeht.

Aus: Landessynode der EKvW 2009, Bericht des Präses

Verbraucherschutz, Landwirtschaft und Grüne Gentechnik

War das politische Interesse in der Vergangenheit schwerpunktmäßig auf den Schutz der gentechnikfrei wirtschaftenden Landwirte bezogen, so soll jetzt der Anbau gentechnisch veränderter Pflanzen gleichwertig neben konventionell- gentechnikfreiem und ökologischem Anbau ermöglicht werden. Damit stellen sich verschärft die Fragen nach Koexistenz und Haftung.

Zukunft für einen ökologisch orientierten ländlichen Raum

2 Weite Regionen in NRW sind geprägt durch Landwirtschaft, Wälder und Natur. Der sogenannte „ländliche Raum“ hat in NRW aber auch eine wirtschaftlich hohe Bedeutung. Agrar- und Forstwirtschaft, Gartenbau, sowie eine leistungsstarke mittelständisch ausgerichtete Wirtschaft und nicht zuletzt der Tourismus bilden ein relativ stabiles Netz der ländlichen Strukturen. Auch bedroht der demografische Wandel eine nachhaltig günstige Entwicklung, weil junge Menschen abwandern. So ist die Weiterführung naturnaher biologisch vielfältiger ländlicher

Betriebe grundsätzlich gefährdet.

Die Synode bekräftigt vor diesem Hintergrund ihren Beschluss zur grünen Gentechnik aus dem Jahre 2003 und stellt darüber hinaus fest:

- Für eine nachhaltige und sozialverträgliche Landbewirtschaftung ist die grüne Gentechnik nicht notwendig.
- Der Einsatz der grünen Gentechnik erfordert eine klare Regelung der Koexistenzfrage.
- Pflanzen, bei denen aufgrund ihres Auskreuzungsverhaltens eine Koexistenz nicht möglich ist, dürfen nicht in den Anbau gelangen.
- Eine strenge Regelung der Haftungsfrage ist unabdingbar. An dem Konzept einer verursacherbasierten Haftung ist festzuhalten.
- Gentechnikfreies Saatgut darf keine Verunreinigungen durch gentechnisch verändertes Saatgut enthalten. Der Grenzwert für Verunreinigungen ist an der Nachweisgrenze zu orientieren.
- Verbraucherinnen und Verbraucher haben das Recht zu wissen, was sie essen. Deswegen müssen auch tierische Produkte (Fleisch, Milch, Käse, Eier) zukünftig gekennzeichnet werden.

Die Synode bittet die Kirchenleitung, die ihr zur Verfügung stehenden Wege der Einflussnahme auf Politik und Wirtschaft zur Vermittlung dieser Positionen zu nutzen.

Aus: Beschluss der Landessynode der EKvW, Bielefeld, 2005

Siehe auch: Argumentationshilfe „Anbau gentechnisch veränderter Pflanzen in der Landwirtschaft“

Die konventionelle Landwirtschaft steckt in einem Dilemma. Bäuerliche Strukturen werden durch eine fehlgeleitete Förderpolitik mit der Folge einer rasanten Entwicklung zur Agrarindustrie und durch Preisdumping der Lebensmitteldiscounter (z.B. Milch!) geschwächt oder sogar zerstört. Gleichzeitig steigt die Nachfrage nach ökologisch erzeugten Lebensmitteln, bei weiterhin stagnierender Anbauflächen für Bio-Produkte. Hier gilt es umzudenken: Agrarförderung hat die Aufgabe, bäuerliche Strukturen zu stärken (z.B. durch Ausbau der regionalen Vermarktung), und sollte an ökologischen Kriterien ausgerichtet sein.

- 2 haben wir oben dargelegt.
- 2 haben wir oben dargelegt.
- 2 haben wir oben dargelegt.
- 2 haben wir oben dargelegt.
- 2 haben wir oben dargelegt.
- 2 haben wir oben dargelegt.
- 2 haben wir oben dargelegt.

Zustimmung ++	73
Zustimmung +	13
Neutral	1
Ablehnung -	1
Ablehnung –	0
Anzahl	88
Zustimmung	90%

